Gesundheit, Verbraucherschutz

Auflage: 19529 / Reichw.: 57942
Seite: 01
Datum: 26.11.2026

Nordbayerischer
KURIER



Quote soll Zahnärzte aufs Land locken

CSU und Freie Wähler greifen eine Idee aus dem oberfränkischen Landkreistag auf, um die Lücken in der zahnmedizinischen Versorgung zu schließen.

Von Jürgen Umlauft

MÜNCHEN. Nach dem Vorbild der Landarztquote wollen CSU und Freie Wähler die Einführung einer „Landzahnarztquote" im Medizinstudium prüfen lassen. Damit könnten auch Bewerber mit schlechteren Abiturnoten einen Medizinstudienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrer Ausbildung mehrere Jahre lang in einer zahnmedizinisch unterversorgten Region zu praktizieren. „Wir wollen damit die Niederlassung junger Zahnärzte im ländlichen Raum fördern und die wohnortnahe Versorgung in ganz Bayern stärken", begründete Susann Enders (Freie Wähler) im Landtag den von ihrer Fraktion gemeinsam mit der CSU eingebrachten Dringlichkeitsantrag.

Explizit heißt es in dem Prüfantrag an die Staatsregierung allerdings auch, dass dafür keine neuen Stellen geschaffen und keine zusätzliche Mittel ausgegeben werden dürfen. An diesem Punkt entzündete sich die Kritik von Andreas Hanna-Krahl (Grüne). Mit dem Antrag werde Handeln nur vorgetäuscht. „Es gibt kein zusätzliches Geld und keinen einzigen zusätzlichen Studienplatz", betonte er. Zudem würde der schon jetzt spürbare Zahnärztemangel auf dem Land nicht behoben, weil die ersten Absolventen erst in frühestens zehn Jahren mit ihrer Ausbildung fertig seien. Besser wäre es aus Sicht Hanna-Krahls, die Niederlassungsförderung analog zu der bei Hausärzten auch auf Zahnärzte auszuweiten und die Investorenmodelle für Zahnarztpraxen zu stoppen.

Ruth Waldmann (SPD) sprach von einem „maximal unkonkreten Prüfantrag", der den Herausforderungen nicht gerecht werde. Während in Bayern nun erst einmal geprüft werde, hätten andere Bundesländer bei der Zahnärzteversorgung auf dem Land längst Nägel mit Köpfen gemacht. Nach den Worten von Andrea Behr (CSU) ist eine umfassende Prüfung des Vorschlags unumgänglich, da die mit der Quote verbundenen Verpflichtungen ein Eingriff in die freie Berufsausübung sei. Die AfD stimmte dem Dringlichkeitsantrag zu. **Standpunkt**

Ebenfalls erschienen in: Frankenpost Stadt und Landkreis Hof.